

Erzähler vom Westerwald

Hachenburger Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der achteitigen Wochenbeilage
Zählreines Sonntagsblatt.

Aufschrift für Drahtnachrichten:
Erzähler Hachenburg, Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.
Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölzel in Hachenburg.

272

Bezugspreis: vierteljährlich 2.70 M.,
monatlich 90 Pf. mit Beleglohn; durch die
Post 2.55 M. bezug 85 Pf. ohne Beleglohn.

Während des Krieges müssen die Freibeilagen weggelassen.

Hachenburg, Dienstag den 19. November 1918.

Anzeigenpreis (zahlbar im voraus):
die sechsgehaltene Zeile oder deren
Raum 20 Pf., die Restzeile 60 Pf.

11. Jahrg.

Heimweh?

Professor Dr. Hugo Breuß in Berlin, der bekannte kritische Sozialreformer, ist zum Staatssekretär des Innern ernannt worden. Wenige Tage vor seiner Ernennung ließ er einen Artikel erscheinen, der gegen die Regierung gerichtet war, weil sie nur eine einzige in ihrer Mitte dulde. Er nannte darum unsere vorläufige Staatseinrichtung den „Obriegkeitsstaat von Deutschland“. Hierzu schreibt uns ein liberaler Politiker: Ist es wirklich schon so weit, nach acht Tagen Sieg der Revolution? So weit, wie ein unermüdlicher Vorkämpfer der bürgerlichen Demokratie es offen bekannte, das immer zahlreicheren Stimmen bereits so etwas Heimweh nach dem Reichstagsparlament der alten Regierung, den erst überwundenen Obriegkeitsstaates herausklingt? Wer hätte freilich auch daran gedacht, daß wir fünf Jahre nach dem Untergang des Brünner Reiches von einer Regierung haben würden, in der keine einzige politische Partei vertreten ist? Eine Regierung ohne Senat und Reichstag neben sich, ein Sechsmännerkabinet, das für sich mit dem Rechte der Revolution Gewalt in Anspruch nimmt und dem Volke, von noch in den Kundgebungen ihrer unmittelbaren Vorläufer so viel die Rede war, nur ein paar mehr oder weniger verbindliche Redewendungen ausstößt mit deren Hilfe wohl alles wie auch gar nichts anfangen läßt? Man hört im deutschen Bürgerthum: nur eine neue über die Selbstherrlichkeit der neuen Männer, der einen Seite müssen sie selbst eingestehen, daß sie die Mitwirkung der pflichtgetreuen Beamtenschaft in Stadt und Land, ohne die taufkräftigste, opferbereiteste Unterstützung aller Parteien und Richtungen des deutschen Lebens wären. Auf der anderen Seite wollen die Nicht-Sozialisten die politischen Rechte entziehen, die sie von der Macht im Staate ausschließen und Neuerungen rein sozialistischen Charakters auslegen. Hat man noch ganz vor kurzem den Zusammenschluß Mehrheitsparteien des Reichstags als den Anbruch der neuen Zeit in Deutschland gefeiert, die politische Ausbildung des Volkes damit für immer abgeschlossen — und heute ist das alles veraltet. Heute herrscht eine Partei in Deutschland, die herrscht unumstößlich und ganz ausschließlich; das Volk? Es soll gehorchen. An die Stelle der alten Verordnungen des Bundesrats bringt jetzt jeder eine nicht minder reiche Fülle von Aufträgen, Verordnungen und Befehlsmächtigkeiten, bei denen kein verständiger Beirat mehr, höchstens ein politischer Gehör wird. Und so gut auch die Absichten sind, die dabei abhelfen — an guten Absichten hat es früher nicht gefehlt. Was jetzt hinzugekommen ist, ist mehr nach Klassenherkunft als nach wirtschaftlichem Volkswohl, und die Zeiten sind doch eigentlich, sollte man meinen, danach angefallen, um Experimente aller Art zu vermeiden. Bei allen Unterabteilungen und Stellenanstellungen liegt man immer wieder nur sozialistische und sozialistische Namen, als hätten jene beiden Parteien und die Vaterlandsliebe völlig auf. Kann dieses dann damit gerechtfertigt werden, daß das Bürgerthum an seinem Theile des Zusammenbruchs der alten Reichsregierung mitverschuldet habe und daß es aus eigener Missethats die gründlichen Wechsel der Dinge hätte verhindern können? Das wäre doch eine sehr kurze Beweisführung; denn nur darauf kann es ankommen, ob die neue Regierung ihrerseits aus eigener Macht den Staat wiederaufzurichten und in Gang zu bringen vermag. Und davon kann doch wohl im Ernst gar keine Rede sein.

Es hörte man reden im Bürgerthum und Beamtenthum, als ob dabei auch nur eine Spur von Brotredemitsprache, beileibe nicht. Wohl niemand redet sich nach Verantwortung, wo die Staatsgeschäfte so gar verfahren sind. Aber jedermann fragt sich doch, unter neuen Herren die Fähigkeit besitzen, alles selbst zu unternehmen, unter völliger Ausschließung derjenigen Kreise des Reichs, die bisher in Regierung und Verwaltung ihre Kraft und Schuldigkeit getan haben. An eine Beilegung der Frage kann einstweilen um so weniger gedacht werden, als „Rat der Volksbeauftragten“ sich einmal schon jetzt mit den Befehlsmächtigkeiten, die er auf ruhigeren Zeiten verschoben könnte, als er andererseits offensichtlich mit inneren Schwierigkeiten zu kämpfen hat, die seine Handlungsfreiheit in jedem Falle behindern. Das alles aber bedingt, daß die unser Volk nur zu deutlich vorausempfindenden Folgen zum bolschewistischen Terror, zu rechtloser Gewalt, zur völligen Zerrüttung unseres wirtschaftlichen Lebens. Den demokratischen Volksstaat hatten wir vor uns, als die überlebten Fesseln des Obriegkeitsstaates zerfielen. Sollten wir jetzt dessen mit der Herrschaft nach russischem Muster beglückt werden, gegen bolschewistische Schwärmegeister daran ihre Kräfte haben. Das deutsche Volk dagegen wird sich für Wohlthat bedanken.

Die Ausschaltung des Bürgerthums muß abwärts. Deshalb darf sie unter keinen Umständen zum

Grundgesetz erhoben werden. Sobald es irgend möglich ist, muß vielmehr zur Ausschreibung von Wahlen für die allgemeine Nationalversammlung geschritten werden, damit auch dem deutschen Volke sein Selbstbestimmungsrecht zuteil werde, das den Polen und Ukrainern, den Letten und Litauern erstritten wurde. Erst wenn das geschehen ist, werden wir mit Recht sagen können, daß Deutschland sich endlich selbst regiert. Erst dann wird die innere Notwendigkeit der November-Revolution überzeugend bewiesen sein.

Entlassung und Waffenstillstand.

Heimkehr der Jahrgänge bis 1879.

In einem vom Kriegsministerium ausgehenden Antrage wird betont, daß nicht alle Soldaten des großen deutschen Heeres und der deutschen Flotte zugleich entlassen werden können. Es können auch nicht alle bis auf den letzten Mann entlassen werden! Die Entlassung muß sich nach den Verhältnissen richten, sie muß ordnungsmäßig vor sich gehen. Im Heimatheer ist fürs erste die Entlassung der alten Jahrgänge bis 1879 einschließlich anzuordnen, jüngere werden folgen. Leute in unentbehrlichen Diensten, zum Beispiel Gefangenenerhaltung, müssen warten, bis sie ersetzt sind. Leute aus Elah-Vorbringen, die nicht freiwillig dienen wollen, sind sofort zu entlassen. Leute aus dem linksrheinischen Raumungsgebiet und aus den Brückenköpfen können sofort entlassen werden, wenn sie nicht den Jahrgängen 1898 und 1899 angehören. Wer an Unteroffizieren oder Mannschaften vom Truppenteil oder von seiner Ersatzformation ordnungsmäßig entlassen wird, erhält 50 Mark Entlassungsgeld. Jeder Soldat erhält einen Entlassungsausweis, ferner 15 Mark Marschgeld, soweit es notwendig ist.

Ordnung der Offiziersbefehlsgewalt.

Es sind Befürchtungen laut geworden, die Volksregierung wolle die Befehlsgewalt in der alten Form wiederherstellen. Die Regierung erklärt deshalb, diese Befürchtung sei unbegründet und sagt:

Die jetzt angeordneten Maßnahmen für die künftige Regelung der Befehlsgewalt sind nicht bindend. Wir ihnen soll vielmehr nur im Interesse der Soldaten und der Heimat das regellose Zurückfließen der Truppen von den Fronten verhindert und die Durchführung einer planmäßigen Demobilisierung gefördert werden. Bei der Marine ist die genaue und rasche Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen von entscheidender Bedeutung.

Deshalb ist die Mitwirkung der Offiziere mit ihren technischen und militärischen Kenntnissen erforderlich. Lediglich diesem Zweck sollen die getroffenen Maßnahmen dienen. Dabei ist die Voraussetzung, daß die Offiziere im Einklang mit den Soldaten handeln. Daran soll nichts geändert werden. Pflicht der Mannschaften und Offiziere ist es, durch verständiges Zusammenwirken das über unser Land hereingebrochene Unglück nach Möglichkeit zu lindern.

Die stellvertretende Generalkommandos, der Generalstab und die Oberste Heeresleitung werden von jetzt an dem Kriegsministerium unterstellt, dessen Weisungen haben alle militärischen Kommandobehörden Folge zu leisten. Das Kriegsministerium, sowie alle Reichsbehörden unterstehen der Kontrolle des Volksrats des Arbeiter- und Soldatenrates.

Englisch-deutsche Zusammenkunft auf See.

Das Reutersche Büro erzählt, daß der deutsche Kreuzer „Königsberg“ Sonnabend nachmittag mit britischen Kriegsschiffen zusammentraf. Er wird zu einem Punkte auf See eskortiert werden, wo die deutschen Delegierten ihre Schiffe verlassen und sich auf die britischen Kriegsschiffe begeben werden, um dem Admiral Beatty die deutschen Vorschläge für die Durchführung der auf die Seestreitkräfte bezüglichen Bedingungen des Waffenstillstandes vorzulegen.

Franzosen und Amerikaner im Elsaß.

Der offizielle Einzug der französischen Truppen in Straßburg soll Montag, 18. November stattfinden. Der französische Präsident Poincaré und der Ministerpräsident Clemenceau sind nach Elah-Vorbringen gereist.

Sonnabend, 16. November ergriffen französische und amerikanische Truppen Besitz von den Forts von Metz. Die deutschen Truppen haben jetzt tatsächlich das französische Gebiet geräumt, mit Ausnahme einiger kleiner Truppenteile, die in der Gegend von Elah-Vorbringen verblieben.

Deutsche Zivil- und Militärdelegierte werden nach Metz nach Rancu begeben, um dort mit den französischen Militärbehörden und mit dem neuen Befehlshaber von Metz Besprechungen über die Übernahme der verschiedenen Dienststellen in Elah-Vorbringen abzuhalten.

Frankfurt a. M. und Darmstadt bleiben unbesetzt.

Aus den Befehlbestimmungen der Oberkommandos der Alliierten ergibt sich, daß die Stadt Frankfurt a. M. nicht in den rechtsrheinischen Brückenköpfen von Mainz gehört, also nicht von den Feinden besetzt wird. Dasselbe gilt von Darmstadt. Beide Städte werden jedoch in die

neutrale Zone fallen, die sich zehn Kilometer um jeden Brückenkopf herumziehen wird.

Der USR Mannheim war wegen der Aufrechterhaltung des Verkehrs zwischen dem rechten und linken Rheinufer während der Befreiung des linken Rheinufer durch den Feind beim Auswärtigen Amt in Berlin vorstellig geworden. Darauf erwiderte das Auswärtige Amt: Wir verhandeln mit dem Feinde über die Festlegung der Einzelheiten des Waffenstillstandes und bringen dabei auch Mitteilungen der Bedingungen. Wir verlangen insbesondere, daß der Verkehr zwischen dem rechten und linken Rheinufer ungehindert bleibt und in wirtschaftlicher Beziehung zwischen dem rechten und linken Rheinufer keinerlei Änderung eintreten darf.

Verhinderung polnischer Gewaltstreiche im Osten.

Die Polnische Presse-Agentur teilt über die angeblichen Angriffe auf Posen und Oberschlesien folgendes mit:

Nach eingehenden Informationen in Warschau können wir feststellen, daß an den Gerüchten von einer Bedrohung oder gar einer Verletzung der polnischen Gebiete Deutschlands durch polnische Truppen nicht ein wahres Wort ist.

Es handelt sich hierbei lediglich um Provokationen gewisser Elemente, die von der Neuordnung der Verhältnisse eine Einbuße ihres bisherigen ausschlaggebenden Einflusses befürchten und daher bemüht sind, unter der Bevölkerung durch böswillige Ausbreitung unzutreffender Nachrichten Unruhe und Unfrieden zu stiften. Die Regierung Polens und mit ihr das polnische Volk sind nicht gewillt, aus der Notlage Deutschlands politische Vorteile zu ziehen. Die Auseinandersetzung zwischen beiden Völkern über strittige Fragen soll nicht das Werk gewalttätiger Handstreiche, sondern das Ergebnis friedlicher, im Geiste der Verständigung getragener Verhandlungen sein.

Weitere Nachrichten.

Berlin, 16. Nov. Die Blättermeldung, daß nicht die „Schlesien“, sondern das Linienschiff „Schleswig-Holstein“ torpediert sei, ist unzutreffend. Beide Schiffe befinden sich wohlbehalten im Hafen.

Frankfurt a. M., 16. Nov. Die Frankf. Sta. schreibt: Der Großadmiral v. Tirpitz, der wenige Tage vor dem Ausbruch der Revolution von Berlin in aller Stille abgereist ist, ist in der Schweiz angekommen.

Frankfurt a. M., 16. Nov. Um Ordnung und Disziplin unter den Kriegsgefangenen aufrecht zu erhalten, hat sich bei der Inspektion der Kriegsgefangenen des 18. Armeekorps ein Soldatenrat gebildet. Dieser Soldatenrat ist lediglich als Beirat der Behörden zu betrachten. Die bisherigen Vorlesungen versehen auch weiterhin ihren Dienst.

Düsseldorf, 16. Nov. Die der USR, mittels, hat der Staatskommissar für die Demobilisierung das Verlassen des linksrheinischen Gebietes und des 10 Kilometer breiten Streifens östlich des Rheins verboten, ausgenommen sind Arbeiter- und Berufsverkehr.

Haag, 16. Nov. Die bisher über die holländische Grenze gegangenen deutschen Soldaten kamen in geordnetem Zustande. Es würden weitere 11 000 Mann erwartet.

Rotterdam, 16. Nov. Der holländische Minister des Innern teilte mit, daß beschlossen wurde, die deutschen Kriegsgefangenen und Internierten in Holland sofort in ihre Heimat zurückzuschicken.

Paris, 16. Nov. Der Kriegsminister hat angeordnet, daß die Jahrgänge 1887, 1888 und 1889 entlassen und heimgesandt werden.

Kiew, 16. Nov. Die deutschen Truppen dürfen bis zur Bildung einer ukrainischen Armee im Lande bleiben.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Um die Schwierigkeiten in der Übergangswirtschaft möglichst zu verringern, haben die Arbeitgeberverbände mit den Gewerkschaften eine Reihe von Vereinbarungen getroffen. So sollen alle aus dem Felde zurückkehrenden Arbeitnehmer sofort wieder in ihre alten Stellungen eintreten. In jedem Betrieb mit mindestens 50 Beschäftigten wird ein Arbeiterausschuß eingerichtet. Der Achtstundentag wird allgemein eingeführt. Verdienstminderungen aus dieser Verlängerung der Arbeitszeit dürfen nicht eintreten.

Besüglich der augenblicklichen Reichsverfassung ist bemerkt, daß wir keinen Reichskanzler mehr haben, Ebert selbst sich auch diese Bezeichnung nicht mehr beilegt. Es existiert jetzt lediglich ein Kollegium von sechs gleichberechtigten Ministern, die ihrerseits Ebert und Haase zu Vorsitzenden gewählt haben.

Zur Regelung der amerikanischen Lebensmittelzufuhr hat sich der amerikanische Lebensmittelkontrollen-Inspektor nach Europa begeben. Er soll die Zufuhr nach Frankreich, Belgien, den Mittelstaaten und dem nahen Osten regeln.

Osterreich.

In einer neuen Note an Wilson wird diesem von der Errichtung der deutsch-österreichischen Republik Mitteilung gemacht. Ferner wird darin die Hoffnung ausgesprochen, daß Wilson die Bestrebungen des deutschen Volkes in Osterreich auf Wiederherstellung einer engen

Haftbedürfnissen Verbindung mit Deutschland im. . . wird. Der Präsident wird erlucht, bald mögliche Gelegenheiten zu Verhandlungen über einen Präliminarvertrag zu bieten. Endlich wird Wilson um Sendung von Nahrungsmitteln zur Verhinderung einer Hungertatatsrophe gebeten.

Rußland.

Das Militärgericht der Sowjets arbeitet weiter. So gibt die Sowjetregierung jetzt bekannt, daß der Tod des Kommandeurs Bolodotnik mit dem Erschießen von 500 und der Tod Grigoris mit dem von 550 Bürgern aus Petersburg selbst erschossen, ein anderer nach Kronstadt geschickt. Die Matrosen werfen jedoch die Döser schon unterwegs ins Meer. Es wurden Hunderte von Leichen vom Meer ans Ufer gespült.

Polen.

Zu heftigen Kämpfen und blutigen Auseinandersetzungen ist es unter der polnischen Bevölkerung in Radom gekommen. Die Polen haben zwei Parteien gebildet, von denen jede die Oberhand behalten möchte. Während der sich abspielenden blutigen Vorgänge wurden alle Magazine ausgeplündert. Der Räuber raubte auch 8000 Gewehre und bedroht das Leben der friedlichen reicheren Bevölkerung. Der Bolschewismus breitet sich in Polen aus.

Ukraine.

Auf eine Wiedervereinigung mit Rußland deutet eine Botschaft des Hetmans an das ukrainische Volk hin. Dieser weist darin auf die bevorstehende Wiederherstellung Rußlands als Föderationsstaat hin und erklärt, daß die Ukraine als Glied in diesen Föderationsstaat eintreten werde. Zugleich hat der Hetman ein neues Ministerkabinett ernannt mit dem bisherigen Verpflegungsminister Werbel als Ministerpräsidenten.

Rus. In- und Ausland.

Bern, 16. Nov. Der Bundesrat hat ein Einmündungsverbot erlassen für ehemalige Soldaten der Mittelmächte, die vor dem Kriege in der Schweiz gewohnt haben.

Krakau, 16. Nov. Die Gefechte in Lemberg dauern an. Man erwartet den Zugang weiterer polnischer Truppen, namentlich aus Lublin. Die Erbitterung auf beiden Seiten ist groß. Auf beiden Seiten sieht man viel Rauch und Märsche mit Feuerwaffen Dienst machen.

Moskau, 17. Nov. Die Bolschewiken haben, wie bekannt, Tausende von Bürgern als Geiseln verhaftet und bisher in den Gefängnissen festgehalten. Es wurde beschlossen, nach einigen Wochen diese Geiseln aus den Gefängnissen zu entlassen. Sie aber sofort durch neue zu ersetzen, so daß in den Gefängnissen dieselbe Zahl verbleibt.

Berlin, 17. November. Der vom Reichsamt der Innern ausgearbeitete Entwurf über die Wahlordnung für die konstituierende Nationalversammlung steht als Termin für die Auslegung der Wählerlisten den 2. Januar 1919 als Wahltag den 2. Februar 1919 vor. Der Entwurf ist gestern fertiggestellt und bereits am Nachmittag von der Reichsregierung durchgesehen worden. Es ist nicht unmöglich, daß diese noch größere Abänderungen an ihm vornimmt.

Potsdam, 17. November. An den Litzfahnen ist folgender Anschlag zu lesen: Ich bitte die Kameraden der Garnison Potsdam, sich der neuen Reichsregierung zur Verfügung zu stellen. Wir alle wollen das Wohl unseres Vaterlandes und Volkes. Prinz Eitel Friedrich.

Klagen, 17. November. Der Arbeiter- und Soldatenrat Klagen teilt mit: Die Kämpfe der Armee vollzieht sich bisher in vollster Ruhe und Ordnung.

Amsterdam, 17. November. Im Haag wurde gestern nachmittags eine Versammlung des revolutionär-sozialistischen Komitees abgehalten, in der der revolutionäre Propagandist de Visser u. a. erklärte, daß die revolutionäre Bewegung wegen des Verhältnisses der sozialdemokratischen Arbeiterpartei als mangelhaft betrachtet werden müsse.

Rote Rosen.

Roman von H. Courths-Mahler.

17) Nachdruck verboten.

Mit einem feinen, geheimnisvollen Lächeln sah die Gräfin in das Gesicht der Baronin. Aber in ihren Augen blitzte es dabei seltsam auf.

„Rein Mann hat mir einmal eine Andeutung gemacht — ganz vertraulich natürlich —, und ich möchte nicht darüber sprechen. Nur soviel kann ich Ihnen verraten — es handelte sich um eine hochgestellte Dame. Aber die Sache liegt um Jahre zurück, und ich hoffe, diese Wunde wird vernarben.“

„Das wäre zu wünschen. Ich habe mir fast gedacht, daß ein Herzensroman an seiner Gekochtheit ist. Aber nun sollte er wirklich vernünftig sein.“

Wieder lächelte die Gräfin.

„Sie sollten ihm das selbst einmal sagen, Frau Baronin. Für Sie hegt er eine große Verehrung, und vielleicht machen ihm Ihre Worte Eindruck.“

Die gutmütigen Augen der Baronin blitzten entschlossen auf.

„Ja, was tue ich, das tue ich ganz bestimmt. Er soll nur seine Augen aufmachen. Wahrlich, er braucht nicht erst in die Ferne zu schweifen, das Gute liegt wirklich nahe genug für ihn.“

Gräfin Gerlinde war derselben Ansicht, doch hielt sie es für klug und gut, sich ahnungslos zu stellen, worauf die gute Baronin hinaus wollte. Es war nicht nötig, daß diese in ihre Karten blühte.

„Ja, ja, es gibt einige hübsche junge Damen in der Nachbarschaft. Aber das wollen wir wirklich keine Sorge sein lassen, meine liebe Frau Baronin.“

„Nun ja — aber immerhin — man möchte ihm einen Wink geben. Männer sind manchmal so umständlich in den einfachsten Sachen. Und — um auf etwas anderes zu kommen, liebe Gräfin Gerlinde. Sie sollten nun wirklich die Trauerkleider ablegen. Tun Sie mir die Liebe an und kommen Sie Sonntag in einem hellen Kleide zu uns.“

Gräfin Gerlinde seufzte, als fielen ihr diese Zusätze schwer.

„Nun also — Ihnen zuliebe, Frau Baronin. Ich weiß ja, aus Rücksicht für meine Umgebung muß ich

Wien, 17. November. In den hiesigen Marinekreisen ist die Nachricht eingetroffen, daß das französische Flaggschiff „Dardel Roussou“ beim Einlaufen in Bocche di Cattaro auf eine Mine gestoßen und gesunken ist. Der größte Teil der Besatzung wurde gerettet.

Rotterdam, 17. November. In Bath, Provinz Zeeland trafen elf deutsche Torpedoboote aus Antwerpen ein und wurden sämtlich interniert.

Warschau, 17. Nov. In Brzeczow ist eine große Hungersnot ausgebrochen. Die Polen haben zwar die Stadt belehrt, aber die Umgebung befindet sich in rußischen Händen, wodurch die Zufuhr der Lebensmittel vollständig abgeschnitten ist.

Stuttgart, 16. Nov. Die württembergische Regierung hat eine allgemeine Amnestie erlassen, ausgenommen sind Wucher, Kettenhandel und Steuerstrafen.

Die Neuordnung in Sachsen.

Wie bekannt, hat der König den Staatsministern auf ihr Ansuchen die Entlassung aus seinem Dienste befohlen, ihnen aber anheimgestellt, die Geschäfte, wenn zum Wohle des Landes erforderlich, fortzuführen. In Übereinstimmung damit haben sich die fünf Vorkände der einzelnen Ministerien: Dr. Heinze, v. Wilsdorf, Dr. Schroeder, Dr. Koch und v. Kossitz-Ballwitz einer an sie ergangenen Anfrage des KSA entsprechend bereit erklärt, im Einvernehmen mit diesem und unter dessen Verantwortung die ihnen anvertrauten Ministerien weiter zu verwalten.

Bei einer Besprechung, die am 15. November statt fand, erklärten die Bevollmächtigten des KSA, den Ministern, daß für ihre fernere Tätigkeit kein Raum vorhanden sei, da der KSA sämtliche Ministerien politisch und verwaltungsmäßig selbst zu übernehmen gedachte.

Zur Bewegung im Reiche gingen uns noch folgende Nachrichten zu:

Rodburg. Alle Abgeordneten des Landtags treten für den Anschluß des Herzogtums Rodburg an die Republik Bayern ein.

Rudolstadt. In der außerordentlichen Sitzung des Landtages vom 15. November gab der Staatsminister die Erklärung ab, daß der Fürst bereit sei, die Regierung niederzulegen, sobald die notwendigen Übergangsbestimmungen erlassen seien.

Bückeburg. Der Fürst Adolf von Schaumburg-Lippe hat am 15. November für sich und sein Haus dem Thron entzogen und alle Beamten von dem ihm geleisteten Treueid entbunden. Der KSA in Bückeburg hat die Regierung im Lande übernommen. Das Ministerium ist zurückgetreten, versteht aber vorläufig die Geschäfte weiter.

Das Schicksal der Kaiserfamilie.

Korfu oder Holland!

Als Tatsache steht bis jetzt nur fest, daß sich Wilhelm II. und der Kronprinz mit kleinem Gefolge in Holland befinden und zwar der erstere bei dem Grafen Bentinck und letzterer auf einer Insel des Südersees, da er in Hüllingen sich nicht sicher genug fühlte. Die Kaiserin und die Kronprinzessin mit ihren Kindern sind noch in Potsdam, jedoch nach einer Erklärung des KSA in Potsdam völlig frei in ihren Entschlüssen. Für eine etwaige Abreise ist beiden je ein Sonderzug bereitgestellt worden. Die Kaiserin wird sich voraussichtlich ebenfalls nach Holland begeben, ob zu dauerndem Aufenthalt, ist noch nicht gewiß. Da nach einer Pariser Meldung der Kaiser um die Genehmigung zur Übersiedlung nach Korfu nachgesucht haben soll.

Die Kronprinzessin wird sich mit ihren Kindern wahrscheinlich nach Kopenhagen begeben, wo sie bei ihrer Schwester, der Königin von Dänemark, die gleich ihr eine geborene Herzogin von Mecklenburg ist, Aufnahme finden wird. Wie bekannt, soll sich auch ihre Mutter, die Großherzogin Witwe Anastasia in Dänemark aufhalten. Über den zukünftigen Wohnsitz der Prinzen und Prinzessinnen

die Trauerkleider nun ablegen.“

„Ganz recht. Und schließlich — in den Kleidern steht die Trauer nicht. Wenn Sie im Herzen Ihrem Gatten noch nachtrauern müssen, dann bedarf es der schwarzen Kleider nicht. Aber Sie sollten sich auch selbst dem Leben wieder zuwenden. Die Toten kann man mit aller Trauer nicht wieder erwecken, und Sie sind noch zu jung sich auf die Dauer vom Leben abzuschließen. Das Leben ist doch zu schön, um es in nutzloser Trauer zu vergeuden. Nun will ich aber aufbrechen, meine liebe Gräfin Gerlinde. Sonntag also auf Wiedersehen. Und hoffentlich bringen Sie Graf Rainer mit.“

Die Gräfin geleitete ihren Gast bis zu ihrem Wagen und tauschte noch allerlei Liebenswürdigkeiten mit ihr aus.

Gründend und winkend fuhr die lebhafteste Baronin davon. Gräfin Gerlinde stand noch eine Weile und sah in Gedanken verfunken dem Wagen nach. Als sie sich dann umwandte, um wieder hinein zu gehen, sah sie den Administrator Heilmann von dem Ostflügel herüberkommen. Das war ein hagerer, sehniger Mann von etwa fünfzig Jahren mit eisernen Muskeln und einem ungemein energischen Gesicht. Dies Gesicht war so sonnenverbrannt, daß es wie mit Leder überzogen aussah, und ganz seltsam wirkten darin die wasserblauen, aber scharfschneidenden Augen, die unter buschigen, weißblonden Brauen hervorsahen. Ein starker, blonder Schnurrbart wirkte ebenfalls sehr hell in dem braunen Gesicht.

Er grüßte die Gräfin höflich und ehrerbietig, aber ohne Unterwürfigkeit, und sein Blick ruhte nicht eben sehr freundlich auf ihr.

Die Gräfin rief ihn, einem Impuls folgend, an. „Sie haben wohl viel zu tun, Herr Administrator, weil der Herr Graf verreist ist?“ fragte sie liebenswürdig, wie es sonst Untergebenen gegenüber nicht ihr Art war.

Heilmann zog seine Nase. Aber in seinem Gesicht zeigte sich keine Freude über die Liebenswürdigkeit seiner schönen Herrin. Er kannte sie zu gut — viel leicht besser wie sonst ein Mensch. Seit vielen Jahren war er schon in Hamburg, und er war des Grafen Rochus Vertrauter gewesen und wußte mehr über dessen Ehe mit Gräfin Gerlinde, als sonst jemand. Sein

des königlichen Hauses ist noch nicht Endgültiges festgestellt. Prinz Eitel Friedrich ist von der Front nach Potsdam gekommen und hat mit den Leitern des dortigen KSA die Angelegenheiten besprochen.

Der Marshall und der kaiserliche Hofhalt sind von der neuen Regierung übernommen worden. Die Beamten und Angestellten sind vom KSA verpflichtet worden und werden die Inventarisierung der Bestände vornehmen. Der Hofhalt wird wie der Marshall wohl dem Staatsoberhaupt der von der Nationalversammlung gewählten Staatsform zur Verfügung gestellt werden.

Deutscher Protest an Marshall Foch.

Ausschreitungen der belgischen Bevölkerung. Berlin, 16. November.

Der französische Oberkommandierende Marshall Foch hatte bekanntlich an die deutsche Oberste Heeresleitung ein Telegramm gerichtet, in dem Beschwerde erhoben wurde wegen angeblicher Gewalttätigkeiten deutscher Truppen in Belgien. Bei Nichtabstellung dieser Ausschreitungen würde die Heeresleitung der Alliierten selbst Maßnahmen treffen müssen. Die deutsche Oberste Heeresleitung hat darauf erwidert:

Die deutschen Bevollmächtigten haben bei den Besprechungen schriftlich und mündlich immer wieder eindringlich betont, daß die Ausführung der unerschrittenen und technisch undurchführbaren Bedingungen Ausschreitungen unausweichlich zur Folge haben werde. Schuld für diese Ausschreitungen fällt somit jetzt und in Zukunft ausschließlich der Alliierten Heeresleitung zu. — Gegen die zu unrecht erhobenen Vorwürfe erhebt die deutsche Oberste Heeresleitung Protest und betont, daß die Weiterverfolgung der bisherigen Maßnahmen seitens der Alliierten Heeresleitung ihre wirksamen Maßnahmen zum Schutz der eigenen wie der feindlichen Bevölkerung sowie für Schutz und Verpflegung der eigenen Truppen unmöglich mache. Sie regt erneut an, daß von allen Völkern einheitliche Waffenstillstand in einem Geiste durchgeführt wird, der die Wahrung der Menschlichkeit bei Freund und Feind nicht einschließt.

Zur Sache selbst bemerkt die deutsche Oberste Heeresleitung, daß es sich nach ihr gewordenen Nachrichten meistens um Ausschreitungen der Bevölkerung gegen die wohlhabenden Klassen ebenso wie gegen deutsche Soldaten handelt.

Vom Tage.

Der Vorwärts hat zur Vorgeschichte der Revolution einen Bericht aus Kiel gebracht, wonach die Admiralität wegen dem Drängen alldeutscher Kreise nachgebend, drauf und damit war, in einem letzten Kampfe gegen die englische Flotte deutsche Hochseeflotte und mit ihr etwa 80 000 Mann Besatzung zu opfern. Dies sei zur Kenntnis der Matrosen in Kiel kommen, die sich weigerten auszufahren. Sie meinten, damit hätte die Revolution den Anfang genommen. Die Reichsmarineamt erklärt diese Behauptungen als aus der Luft gegriffen.

Bei Wiedergabe dieser Legende hat der Vorwärts aber keine Stellung als anerkanntes und maßgebendes Nachrichtenorgan außer acht gelassen — eine Stellung, die der Vorwärts verpflichtet.

Die Freiheit, das neue Organ der Unabhängigen, meldet, die russische Regierung richte an Liebfried ein Telegramm, in dem sie ihm Mitteilung macht von dem ungeheuren Eindruck, den die deutsche Revolution in Rußland hervorgerufen habe, und zugleich die Absicht ankündet, 50 000 Rubel (ein Rubel = 32 Pfund) Mehl an das revolutionäre Deutschland liefern.

Wird sie die Absicht auch — ausführen können, da ihrem eigenen Lande ein Brot nahezu 20 Rubel kostet?

Auch unsere Konserwativen scheinen sich allmählich den neuen Verhältnissen abfinden zu wollen. Zwei führen

Geficht blieb unbewegt.

„Wir schaffen es schon, gnädigste Frau Gräfin. Und außerdem kommt der Herr Graf mit dem Abendzug nach Hause.“

Gräfin Gerlinde richtete sich interessiert empor. „Woher wissen Sie das?“

„Ich habe von dem Herrn Grafen vor zwei Stunden ein Telegramm bekommen, daß ich den Wagen an der Station schicken soll. Eben will ich Befehl ausspannen geben.“

In den Augen der Gräfin funkelte es erregt. „Vor zwei Stunden, sagen Sie ist das Telegramm angekommen?“

„Ja, Frau Gräfin.“

Die Liebenswürdigkeit war ganz aus ihrem Gesicht verschwunden. Sie sah stolz und unwillig aus. „Weshalb ist mir nicht sofort gemeldet worden, daß der Herr Graf heute heimkommt?“

„Der Herr Graf hat mir dafür keinen Auftrag gegeben und nur befohlen, daß ich den Wagen schicken soll.“

„Aber es versteht sich doch von selbst, daß man das zu melden ist,“ herrschte sie ihn an.

Heilmann richtete sich straff empor. „Ich tue, was meines Amtes ist, gnädigste Gräfin. Und ich war außerdem der Meinung, daß Frau Gräfin wüßten, wann der Herr Graf zurückkehrt.“

Die Gräfin biß sich auf die Lippen. Sie ärgerte sich über das Verhalten des Administrators, der schon oft ein Dorn im Auge gewesen war. Oft hatte sie von ihrem verstorbenen Gemahl gewußt, er möge Heilmann entlassen, weil er ihr gegenüber eine Art hatte, die ihr nicht gefiel. Aber Graf Rochus hatte dann nur geantwortet: „Heilmann ist mir ein Administrator unerlässlich, und du hast ja nichts anderes zu tun. An Sakaiens fehlt es dir nicht, deine Laune auszulassen. Heilmann ist eben keine Sakaiennatur, dafür aber ein ganzer Mann.“

Als nun Heilmann jetzt wieder so unentwegt ihr stand, dachte sie zornig: „Ich werde dafür sorgen, daß Rainer diesen Menschen entläßt. Wenn hier erst wieder festen Fuß gefaßt habe.“

Fortsetzung folgt.

Prinz Max von Baden hält es für nötig, seiner kurzen
Lebenszeit ein langes Nachwort zu widmen. Es ist dies
Nache, die er vor der babylonischen Kisten Kammer halten —
ste. Und da diese unanftit geschloffen wurde, haben ihm
„Brennischen Zählbücher“ ihre Pforten geöffnet. Der
er erzählt, daß seine erste (und einzige) Tat als Kanzler
nicht seine Tat war. Das Friedens- und Waffenstillstands-
dokt für ihm für und fertig vorgelegt worden und er habe
unterzeichnet, trotzdem er dagegen war — weil Ludendorff
gewünscht. Für das Zögern des Kaisers in der Ab-
schlußfrage macht er „gewichtige Einflüsse“ verantwortlich
seinen Nachfolger Ebert charakterisiert er als einen Mann
im Willens. Die Rettung unseres Volkes erblickt er in
schleunigen Einberufung der verfassunggebenden National-
versammlung, denn „Vurpierte Macht erträgt das neue
deutsche Volk nicht“. Der Prinz schließt: „Gebe der
Himmel, daß Deutschland nicht charakterlos aus diesem Kriege
herausgeht.“
Da, daß gebe der Himmel — — —

Königsberg i. Pr., 16. November. Dem Oberpräsi-
 denten ist vom Reichskanzler folgendes Schrei-
 ben zugegangen:
 In den letzten Tagen sind der Reichsregierung aus
 allen Kreisen der Provinz eine überwältigende Anzahl von
 Eingebungen zugegangen, in denen die Treue zum
 Kaiser und die Sorge für die Zukunft der Provinz erhit-
 teten Ausdruck findet. Die Reichsregierung hat von
 allen Eingebungen mit tiefer Anteilnahme Kenntnis ge-
 nommen und sie zur Bearbeitung und Verwertung des-
 selben in entbaltenen wertvollen Materials den zuständigen
 Behörden überwiesen. Da es nicht möglich ist, allen Ein-
 gebenden persönlich zu danken, bitte ich Euere Erzellen den-
 ken, daß der Reichsregierung öffentlich zum Ausdruck zu-
 kommen. Die Regierung hat sich fest auf den Boden der
 königlichen Grundzüge gestellt. Sie ist deshalb auch ge-
 recht, unbedingten Forderungen mit allem Nachdruck
 entgegenzutreten.

berlin, 16. November. (Antlich.) Die großen Arbeitgeberverbände vereinbaren mit den Gewerkschaften der Arbeitnehmer das folgende:

8. Gemeinsame Regelung und paritätische Verwaltung Arbeitsnachweises.
9. Die Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind entsprechend den Verhältnissen des betrieblichen Gewerbes durch Kollektivvereinbarungen mit Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer festzusetzen.
10. Verhandlungen hierüber sind ohne Bezug aufzuheben und schleunigst zum Abschluss zu bringen.

Verlin, 17. November. Amtlich. Der gesamte Privat-
paket- und Privatgüterverkehr an die deutschen Heeres-
angehörigen, die bisher in Oesterreich-Ungarn, Bulgarien,

Es ist an der Menschheit in einem ungeheuren Maße gesündigt worden. Die zivilisierte Welt wurde zum Kriegslager und zum Schlafkiste. Millionen der besten Söhne aller Völker ruhen in Gräbern. Die Gefallenen, brüderlich vereint, sind friedlich und stille. Auch bei uns hat der Hassensampf aufgehört, nicht aber der Kampf um Sein oder Nichtsein unseres Volkes. Dieses Volkes, das einer künftigen gerechten Zeit in einer Glorie erscheinen wird. Wir Gestalter mit Reibel, Baletti und Feder, wir Baumeister und Musiker, Männer und Frauen, die wir vor allem Menschen und von ganzer Seele Deutsche sind, zweifeln nicht daran: unser Volk, unser Land wird bleiben und wird nicht untergehen. Aber wir leben Volk und Land gerade jetzt auf die schwerste Probe gestellt. Es kommt darauf an, sie zu bestehen. Wir haben es schaudernd erlebt, daß der Haß nicht fruchtbar ist. Die Liebe aber ist fruchtbar und schaffend, und sie trüht nur aus einem wachen Herzen. Laßt uns also nicht nur unser Brot mit den Brüdern teilen, die aus dem Felde heimkehren, wir wollen ihnen auch unsere wachen Herzen entgegenbringen. Es ist endlich Zeit, daß eine große Welle der Liebe die verderbend-

Woge des Daseins abläßt. Mit einer klaren und furchtbaren Vision wurde, man möchte sagen, menschliches Wesen durch göttliches erlebte. Aber obgleich es so ist und obgleich vor der Gewalt diese so bewirkte Umwandlung jedes Volkes zu gerichtlich erscheint, erkennt doch der Sehende schon in dem, was sich alsdann von selbst, an neuer Form durchgerungen hat, daß alte Kraftvoll-befohlene Wesen des Deutschen unversehrt. Und merkt, wird in nicht allzu langer Zeit — dessen sind wir gewiß — den deutschen Boden reicher als je in Blüte sehen. Seit einem Jahrtausend hat die deutsche Nation nichts erlebt, was an Bedeutung dem Ereignis der letzten Tage gleichzusetzen wäre. Wer es versteht, der fühlt seine unvergleichliche Macht. Seine Bedeutung ist unendlich viel tiefer, und es kommt auch aus ganz anderen Quellen her, als vielleicht jene meinen, deren weltgeschichtliche Macht es war, es äußerlich zu vertreten. Wer wollte sich dieser eisernen Bestimmung entgegenstellen? Deut hat das Volk sein Gesicht in die Hand genommen. Keiner wird jetzt zurücktreten, dessen Kräfte im Nationaldienst verwendbar sind. Auch die neue Regierung möge mit uns rechnen, wo sie unser Wirken für ersprießlich hält. Keiner von uns wird zögern, im Wohlhabendste des Friedens das Seine von Sorgen und nach Kräften zu tun.

Aufruf für eine völkisch-demokratische Partei.

Berlin, 16. November.

Das erwachende Bewußtsein des Bürgertums, es dürfe nicht tatenlos der gewaltigen Erneuerung unserer ganzen innerpolitischen Struktur zusehen, tritt in mancherlei Rundgebungen vor die Öffentlichkeit. Führende Mitglieder der Hauptverbände und Fraktionen der national-liberalen Partei und der fortschrittlichen Volkspartei haben sich auf ein gemeinschaftliches Vorgehen bei den Wahlen zur Nationalversammlung geeinigt. Sie setzen einen Ausschuss ein, der das Programm für den Wahlkampf aufstellt und die Grundlage zu einer groß-deutschen demokratischen Partei durch Zusammenfassung der beiden liberalen Parteien schaffen soll. Außerdem erscheint ein mit zahlreichen Unterschriften versehener Aufruf, der zur Gründung der großen demokratischen Partei für das ganze Reich auffordert. Bei den Unterschriften finden sich auch diejenigen des bisherigen Vizepräsidenten des Reichstages Dowe, des preussischen Handelsministers Fischbeck, der bisherigen Reichstagsabgeordneten Gothein, Jund, Piepmann, List, v. List und v. Richtofen.

Keine Beschlagnahme von Guthaben. — Starke Herausziehung der großen Vermögen und Einkommen.

Der un sinnigen Aufspeicherung von Banknoten und Zahlungsmitteln, die gegenwärtig floriert und die bekannten Risiken im Geldumlauf hervorgerufen hat, wurde schon mehrmals entgegengetreten. Da aber die Abstände noch immer andauern, wendet sich die Reichsregierung nochmals entschieden gegen die verbreiteten Gerüchte, indem sie gleichzeitig darauf hinweist, welche Pläne zur Deckung der kommenden großen Ausgaben erwogen werden. Die Regierungserklärung lautet:

Um umlaufenden Gerüchten entgegenzutreten, erklärt die Reichsregierung: 1. Wir beabsichtigen nicht, eine Beschlagnahme von Bank- und Sparkassenguthaben, von Vorräten an Geld- oder Banknoten oder Wertpapieren oder sonstigen offenen oder geschlossenen Depots vorzunehmen. 2. Wir beabsichtigen nicht, die Zeichnungen auf die V. Kriegsanleihe oder die Kriegsanleihen überhaupt für ungültig zu erklären oder in ihrer Rechtsgültigkeit anzutasten. Die Regierung beabsichtigt jedoch die großen Vermögen und Einkommen auf das Schärfste zur Deckung der Ausgaben

heranzuziehen. 3. Die Gehalts-, Pensions- und sonstigen Rechtsansprüche der in öffentlichen Diensten stehenden Beamten und Angehörigen der Offiziere und der anderen Personen des Soldatenstandes, der Kriegsbefähigten und der Hinterbliebenen dieser Personen bleiben völlig unberührt und weiterhin in Kraft.

Ferner trifft die Regierung die mit Gesetzeskraft wirkende Bestimmung, daß die bisherigen Vorschriften über die Sicherung der Kriegsteuer vom 9. April 1917 auf das fünfte Kriegsgeschäftsjahr mit der Maßgabe ausgedehnt werden, daß die Gesellschaften in die Kriegsteuerücklage 80% des im fünften Kriegsgeschäftsjahr erzielten Mehrgewinns einzustellen haben.

Der Reichstag tritt nicht mehr zusammen.

Reichstagspräsident Fehrenbach hat an das regierende Kabinett eine Depesche gerichtet des Inhalts: „Gedenkt die Reichsleitung, gegen vielfach angeregte Einberufung des Reichstages Montag oder Dienstag Einspruch zu erheben und eventuell Maßnahmen dagegen zu treffen?“ Das Kabinett erwiderte:

„Infolge der politischen Umwälzung, die sowohl die Institution des deutschen Reichstages als auch den Bundesrat in seiner Eigenschaft als gesetzgebende Körperschaft beseitigt hat, kann auch der 1912 gewählte Reichstag nicht mehr zusammentreten. Ebert, Haase.“

Die Reichsregierung ist mit den Vorbereitungen zur in. Ist schnellen Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung beschäftigt.

Wahlgesetz zur Nationalversammlung.

Für das Reich und Preußen.

Berlin, 16. November.

Wie der Vorwärts meldet, wird der Entwurf des Wahlgesetzes für die verfassungsgebende Nationalversammlung noch im Laufe des heutigen Tages fertiggestellt. Mit dem preussischen Minister des Innern ist eine Vereinbarung dahin getroffen, daß der Entwurf auch gleichzeitig für die Wahlen zur preussischen Nationalversammlung Geltung haben soll.

Die konstituierende Nationalversammlung wird nach den Absichten der Regierung, wie verlautet, so schnell wie möglich einberufen werden. Dem Vernehmen nach ist in der Reichsleitung kein Mann, der das Verlangen hat, an die Stelle der Nationalversammlung irgend etwas anderes zu setzen. Wie man hört, hat insbesondere der Volksbeauftragte Dr. Landsberg erklärt, daß er mit der Nationalversammlung stehe und falle, und daß er der Ansicht sei, daß keine familiären Kollegen auf diesem Standpunkt stünden. Es sind natürlich umfassende Vorbereitungen notwendig, da auch die Soldaten an der Wahl teilnehmen sollen.

Schulverordnungen für Preußen.

Das preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat eine Verfügung an die Provinzial-Schulkollegien und Provinzialregierungen erlassen, in der unterlagert wird, Volksverbesserung, Entstellung der letzten innerpolitischen Vorgänge zu betreiben oder zur Gegenrevolution anzureizen. Bücher, die den Krieg verherrlichen, sind aus den Schulbibliotheken zu entfernen, Dissidenten usw. dürfen ohne jeden Nachweis vom Religionsunterricht fernbleiben.

Bayern gegen sofortige Sozialisierung.

In einer Proklamation der Regierung des bayerischen Volkstages, welche die verschiedenen Reformpläne behandelt, heißt es u. a.:

Wir sprechen in vollkommener Offenheit aus, daß es unmöglich scheint, in einer Zeit, in der die produktiven Kräfte des Landes nahezu erschöpft sind, die Industrie in den Besitz der Gemeinschaft sofort überzuführen. Man kann nicht sozialisieren, wenn kaum etwas da ist, was zu sozialisieren ist. Ferner scheint es uns unmöglich, in einem einzelnen nationalen Gebiete der Weltwirtschaft die sozialistische Organisation durchzuführen. Wir glauben also, daß erst nach dem Frieden, wenn der einigende Einfluß der in neuer Macht auferstandenen proletarischen Internationale in gemeinsamer Arbeit der Völker der Erde die unerläßliche Sozialisierung durchgeführt werden kann.

Verschiedene Meldungen.

Oldenburg, 16. Nov. 5000 Besucher des ersten oldenburgischen Bauerntages beschlossen im Einvernehmen mit dem Landesdirektorium einstimmig die Ergänzung der Soldatenräte durch Bauernräte.

Berlin, 16. Nov. Der zur Mitteilung im preussischen Kultusministerium berufene Sozialdemokrat Konrad Däumlich erklärte in einer Besprechung, daß Kultusministerium solle zu einem wirklichen Kultusministerium umgewandelt werden, und zwar mit Unterstützung der gesamten Intelligenz des Landes, wobei die politische Schattierung nicht in Frage komme.

Reiz und Fern.

O Luftpost Frankfurt a. M. — Berlin. Die Luftpost des Frankfurter Nachrichtenblattes hat am 15. November nachmittags ihre erste Fahrt mit Post nach Berlin angetreten und der Reichsregierung wichtige Nachrichten des Frankfurter NSR übermittelt. Als Kurier stellt sich Redakteur Jakob Altmeyer zur Verfügung.

„Nationales Eigentum.“ Die Berliner Museum tragen seit Mittwoch an ihren Fassaden rote Plakate mit der Aufschrift „Nationales Eigentum“. Im übrigen haben die staatlichen Kunstsammlungen die Tage des Umsturzes gut überstanden.

Die Explosion in Köln-Bahn hat, wie jetzt gemeldet wird, 200 Todesopfer gefordert. Aber die Ursache des Unglücks ist näheres noch nicht bekannt geworden.

Cassel, 17. November. Der Arbeiter- und Soldatenrat in Cassel veröffentlicht zur Übersiedelung des Hauptquartiers nach hier eine Erklärung, in der es heißt: Mitbürger und Soldaten! Heute trifft der Generalfeldmarschall von Hindenburg mit Offizieren und Mannschaften des Großen Hauptquartiers in Cassel ein, um von Wilhelmshöhe aus die Demobilisation unserer Truppen zu leiten. Hindenburg gehört dem deutschen Volke und dem deutschen Heere. Er hat sein Heer zu glänzenden Siegen geführt und sein Volk in schwerer Stunde nicht verlassen. Wie hat Hindenburg in der Größe seiner Pflichterfüllung uns näher gestanden als heute. Seine Person steht unter unserem Schutze. Wir wissen, daß die bürgerliche und soldatische Bevölkerung Cassels ihm nur Gefühle der Verehrung und Hochachtung entgegenbringen wird, und daß er vor der Belästigung sicher ist. Der Generalfeldmarschall trägt Waffe, ebenso die Offiziere und Soldaten des Großen Hauptquartiers, wenn sie ihn begleiten.

Für die Schriftleitung und Anzeigen verantwortlich: Theodor Kirchhöbel in Hachenburg.

Bekanntmachung.

Alle Soldaten, Mannschaften wie Offiziere, welche sich unerlaubt von ihrem Truppenteil entfernen, haben nicht nur strengste Bestrafung zu gewärtigen, sondern haben auch keinen Anspruch auf Lebensmittellkarten, Verpflegung und Quartier. Sie gehen jedes Anspruches auf Rente, Entlassungsgebühr von 50.— Mark, Marschgebühr, Anzug verlustig. Wer nicht ordnungsgemäß entlassen in das besetzte Gebiet kommt, setzt sich der Gefahr der Internierung aus!

Wer sich unerlaubt von seinem Truppenteil entfernt, hat sich sofort auf dem nächsten Garnison-Kommando oder Bahnpostkommandantur zu melden. Diese sorgen für Verpflegung, Unterkunft und Weiterbeförderung zum Ersatz-Truppenteil bzw. Entlassung zum Bezirkskommando des Heimatortes gemäß den Verfügungen des hiesigen Generalkommandos.

Alle Zivilbehörden sind angewiesen, keinerlei Lebensmittellkarten auszugeben, keine polizeiliche Anmeldung entgegenzunehmen und keine Arbeitsgelegenheit zu vermitteln ohne vorchriftsmäßigen Entlassungsausweis.

Kameraden! Sorgt für Ordnung, damit der Feind nicht einmarschieren, um diese Ordnung herzustellen.

Kameraden! Der Feind schließt keinen Frieden, wenn in Deutschland keine Ordnung herrscht.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Stellv. Generalkommando 18. A.R.

Die Stadt Hachenburg wird wahrscheinlich in den nächsten Tagen größere Einquartierung erhalten, darunter auch Artillerie und Kavallerie. Die Besitzer von Stallungen, Scheunen, Remisen usw. werden hiermit aufgefordert, diese Räume zu säubern und für die Unterbringung der Pferde bereit zu halten.

Hachenburg, den 19. 11. 1918. Der Bürgermeister.

Marientberg, den 11. November 1918.

Nach Mitteilung der Bezirksfleischstelle zu Frankfurt a. M. sind die Wochen vom 18. bis 24. November, 16. bis 22. Dezember 1918 und vom 6. bis 12. Januar 1919 Fleischlos. In diesen Wochen darf im ganzen Staatsgebiet kein Fleisch an die versorgungsberechtigte Bevölkerung ausgegeben werden.

Im übrigen gelten die Bestimmungen der Bezirksfleischstelle für den Regierungsbezirk Wiesbaden vom 12. Juli 1918, abgedruckt im Kreisblatt Nr. 73.

Die Fleischabgabe in den Wochen vor den fleischlosen Wochen erfolgt am Dienstag bzw. Mittwoch.

Die Herren Bürgermeister des Kreises ersuche ich, dies zur allgemeinen Kenntnis der Ortsbewohner zu bringen.

Der Kreisvorschuß des Oberwesterwaldkreises.

Ulrich.

Wird veröffentlicht.

Hachenburg, den 14. 11. 1918. Der Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Die durch Aufruf gegründete Bürgerwehr hat sich dem A. u. S. Rate unterstellt und ist von diesem als Polizeigewalt anerkannt. Zur Durchführung ihrer Aufgaben ist es unbedingt erforderlich, daß sämtliche männliche Personen Hachenburgs im Alter von 18 bis 50 Jahren zu diesem Dienst herangezogen werden. Freiwillige Meldungen von Einwohnern über 50 Jahren sind im Interesse der Sache dringend erwünscht. Alles andere wird durch den Vorstand der Bürgerwehr bekannt gegeben.

Hachenburg, den 18. November 1918.

Arbeiter- und Soldatenrat Hachenburg.

Auf Grund der Bekanntmachung des S. u. A. Rat ruft der Vorstand der Bürgerwehr alle männlichen Einwohner Hachenburgs über 18 Jahre zu einer Versammlung für **Mittwoch, den 20. 11.** im Saale des Hotel Schmidt, **1/2 9 Uhr** abends ein.

Tagesordnung: Aufstellung der Personalliste.

Instruktion.

Versprechung.

Der Vorstand der Bürgerwehr.

gez. Dewald.

Wöhl.

Münch.

Kochsalz, Viehsalz
Kainit, Kali

zur Zeit in großen Mengen vorrätig
und empfehlen wir unseren verehrlichen Abnehmern,
sich ihren Bedarf rechtzeitig einzudecken.

Phil. Schneider G. m. b. H.
Hachenburg. Fernruf Nr. 2.

Breite reich ergebnis anzuzeigen, daß ich meine
Praxis
wieder selbst übernommen habe.

Hochachtungsvoll

Inkasso-Büro

H. Giesvogl

Hachenburg

Kölnerstraße.

Dankagung.

Herzlichen Dank für die vielen Beweise
aufrichtiger Teilnahme bei dem uns be-
troffenen schweren Verlust.

Geschwister Bamberger.

Hachenburg, November 1918.

Zwei gut erhaltene
Damenmäntel

zu verkaufen.

Wo zu erst. in der Be-
schäftigung d. M.

6 junge Fühner

mit Hahn

zu verkaufen bei Pätzsch,
Hachenburg.

Korbflaschen

10 Stk.

5 Stk.

M. 7.—

M. 5.—

Mehl- und Sam'n-Siebe

billig

E. von Saint George

Hachenburg.

Ein in Haus- und landwirt-
schaftlichen Arbeiten erfahrene

Dienstmädchen

sehr ein zuverlässiger

landwirtschaftl. Arbeiter

oder junger Bursche gesucht.

Karl Baldus, Hachenburg.

Tüchtiges, erfahrenes, älteres

Mädchen

für einen Haushalt von 4 Personen

baldmöglichst gesucht.

Fräulein Reibinger

Elis Reibinger

Patzsch, Hachenburg.

6 Stück

astwödlige Ferkel

stehen zum Verkauf bei

Detlev. Lehndorff

Wied (Westerwald).

Gepolsterte

Rohrsessel

in großer Auswahl

empfehlen

A. Baldus, Möbellager

Hachenburg.